

Jahres-Newsletter des Frauensicherheitsrates vom Dezember 2011

Liebe Mitglieder des Bündnis 1325, liebe Freundinnen und Freunde des Frauensicherheitsrates,

wie immer hat sich der Frauensicherheitsrat zum Jahresende getroffen, um Bilanz unserer Aktivitäten zu ziehen und die für nächstes Jahr zu planen. Dieses Jahr fand nicht ganz so viel statt wie im vergangenen Jahr, als in vielen nationalen und internationalen Events an den 10. Jahrestag der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und ihre bisher sehr klägliche Umsetzung erinnert wurde.

In Europa haben inzwischen rund zwei Drittel aller EU-Staaten einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Sicherheitsrats-Resolution aufgelegt. Deutschlands schwarzgelbe Regierung ist bekanntlich weiterhin nicht dabei – und zeigt keinerlei Interesse an diesem Thema. Auch ein rot-rot-grüner Antrag für einen Aktionsplan im Bundestag scheiterte. Einzelheiten zu all diesen Themen finden Sie weiter unten.

Deshalb ist es wichtig, mit dem Druck nicht nachzulassen und gleichzeitig schon jetzt an die Bundestagswahlen 2013 zu denken. Wenn das Thema politisch eine Rolle spielen soll, dann muss es in die Wahlprogramme der Parteien und später in den Koalitionsvertrag.

Anbei unser Rückblick mit einigen hoffentlich nützlichen Links.
Wir wünschen wundervolle Feiertage und ein erfolgreiches neues Jahr!

Ihr Frauensicherheitsrat: Nina Althoff, Johanna Bussemer, Gitti Hentschel, Heidi Meinzolt, Jill Scherneck, Ute Scheub.

1) Anhörung des Deutschen Frauenrates:

Am **25. Januar 2011** hat der Deutsche Frauenrat zusammen mit Pax Christi eine Anhörung über sein Positionspapier zu Resolution 1325 organisiert, zu der auch eine Vertreterin des Frauensicherheitsrats und weitere Expertinnen geladen waren. Hier der Link zu dem Papier, das Vertreterinnen des Frauenrats und von Pax Christi später im Jahr auch mit einigen Bundeswehrangehörigen diskutierte:

http://www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/beschluesse/101109_Positionspapier_Frieden.pdf

Eine Dokumentation der gesamten Veranstaltung sowie Statements von Ute Scheub (Frauensicherheitsrat), Julia Gross (Auswärtiges Amt), Monika Hauser (medica mondiale) und Frauke Seidensticker (Politikberaterin) finden sich unter folgendem Link:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/informationdetail/article/okumentation-die-drei-p-fuer-frieden-und-sicherheit-praevention-protektion-partzipation.html>

2) Aktivitäten des Bündnis 1325:

Das Bündnis 1325 hat sich im Jahr 2011 mehrfach getroffen, unter anderem zur Diskussion des „**Eckpunktepapiers**“ für einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution. Dieses ursprünglich vom Frauensicherheitsrat entworfene „Eckpunktepapier“ hatte Ute Scheub bereits auf der oben genannten Anhörung im Januar vorgetragen; mit einigen kleinen Änderungen wurde es dann als offizielles Papier des Bündnis 1325 verabschiedet. Es kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

<http://www.frauensicherheitsrat.de/data/eckpunkte-2011.pdf>

Das Eckpunktepapier des Bündnis 1325 wurde auch an die Bundesregierung und das Auswärtige Amt verschickt. Bisher gab es dazu keinerlei Reaktionen und keine Antworten.

Ein weiterer Diskussionspunkt im Bündnis war die Strategiediskussion. Ein Antrag des Bündnis bei der Bewegungsstiftung, eine Campaignerin für eine Online-Petitionskampagne zu bezahlen, scheiterte an deren „Kampagnen“-Kriterien. Die Begründung im Groben: Das Thema sei zweifellos wichtig, aber der Antrag sei zu einseitig parlamentarisch gedacht, es fehlten die nötigen begleitenden außerparlamentarischen Aktivitäten, zudem sei das Thema ja schon im Bundestag behandelt worden und eine Online-Petition daran gemessen eher ein Rückschritt.

Selbstkritisch räumte das Bündnis 1325 in einer weiteren Sitzung ein, dass diese Kritik ihre Berechtigung habe. Man einigte sich darauf, statt dessen eine breite außerparlamentarische Kampagne zu den verschiedenen Aspekten von Resolution 1325 zu organisieren, die von jedem Mitglied im Bündnis im Rahmen seiner Möglichkeiten getragen werde. Zwei weitere Sitzungen des Bündnis scheiterten jedoch an Terminproblemen.

3) Aktivitäten im Bundestag:

Zum Jahreswechsel 2010/ 2011 sah es eigentlich danach aus, als würde nun auch die CDU einen Nationalen Aktionsplan (NAP) wollen.

Erstens hatte die Frauenunion innerhalb der CDU einen Beschluss verabschiedet, in dem sie einen solchen NAP forderte. Zweitens hatte es im Dezember 2010 eine Anhörung im Bundestags-Unterausschuss für zivile Krisenprävention zum Thema 1325 gegeben. Heidi Meinzolt, Mitglied des Frauensicherheitsrats und der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

(IFFF) hatte dort ebenfalls ein Statement abgegeben: <http://www.un1325.de/inf-anhoerung-meinzolt.html>

Einem SPD-Antrag zur Institutionalisierung eines NAP stimmte im Unterausschuss damals überraschenderweise auch die CDU zu. Doch später wurde diese Zustimmung auf Intervention der CDU-Spitze wieder zurückgezogen – auf wessen Initiative, entzieht sich leider unserer Kenntnis.

Statt dessen einigten sich dann die drei Oppositionsparteien Anfang 2011 auf einem **gemeinsamen Antrag – dem ersten rot-rot-grünen überhaupt**. Sie können ihn unter folgendem Link nachlesen:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/050/1705044.pdf>

Dieser gemeinsame Antrag von SPD, Linksfraktion und Bündnisgrünen wurde im **April 2011** im Bundestag behandelt und von der schwarzgelben Mehrheit abgeschmettert. Das Bündnis 1325 kritisierte diese Entscheidung mit einer gemeinsamen Erklärung:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/informationdetail/back/114/article/bundesregierung-lehnt-nationalen-aktionsplan-zur-un-resolution-1325-erneut-ab.html>

Damit war die vorläufig letzte Möglichkeit fehlgeschlagen, die Regierung mit einem Bundestagsbeschluss unter Handlungsdruck zu setzen.

Weitere informelle Gespräche zwischen Regierungsvertretern und Mitgliedern des Frauensicherheitsrat verstärkten bei uns im Laufe des Jahres 2011 den Eindruck, dass Resolution 1325 innerhalb der Regierung ein „Nicht-Thema“ ist.

4) Fachgespräche im Gunda-Werner-Institut:

In Kooperation mit medica mondiale und dem Frauensicherheitsrat und in Fortsetzung der Themen auf der internationalen Konferenz zum 10. Jahrestag von Resolution 1325 organisierte das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung **am 18. Mai 2011** ein Fachgespräch zum Thema **Militarisierte Männlichkeit**. Das Fachgespräch unter internationaler Beteiligung, u.a. von schwarzen und weißen Männern aus Südafrika und Uganda, wurde von allen Seiten als Erfolg angesehen. Eine Dokumentation ist unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.gwi-boell.de/web/gewalt-konflikt-maennlichkeit-konflikte-strategien-handlungskonzepte-gegenentwuerfe-3519.html>

Ein weiteres Fachgespräch fand am **3. November 2011** zum Thema **Transitional Justice statt**. Auch dieses Gespräch wurde anschließend von den Teilnehmenden sehr gelobt. Weiteres unter:

<http://www.gwi-boell.de/web/gewalt-konflikt-transitional-justice-ein-weg-gegen-sexualisierte-kriegsgewalt-fachgesprach-4125.html>

5) Weitere Aktivitäten auf zivilgesellschaftlicher Ebene:

Aide Memoire der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und dem Deutschen Frauenrat im Rahmen des Forum Menschenrechte anlässlich des Gesprächs mit Außenminister Westerwelle:

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/aide_memoires2011/Frauen%20Frieden%20Sicherheit.%20wilpf.pdf

und die Pressemitteilung des Forum Menschenrechte

hierzu: <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/aide-memoire-frauen-frieden-sicherheit.html>

Sowie die Halbzeitbilanz des Forums Menschenrechte, in denen der Umgang der Bundesregierung mit den Menschenrechten im Allgemeinen und der Resolution 1325 im Besonderen kritisch gewürdigt wird:

Kurzfassung:

<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/forum-menschenrechte-halbzeitbilanz.html>

Langfassung: <http://www.wilpf.de/cms/upload/FMR-Halbzeitbilanz-BReg-2011.pdf>

6) Aktivitäten auf EU-Ebene:

Im **Oktober 2011** trafen sich auf Initiative des European Peace Liaison Office (EPLO) Interessierte in Brüssel, um zum **11. Jahrestag der Resolution 1325 eine Bilanz** der nationalen und EU-weiten Umsetzung zu ziehen. Das entsprechende **EPLO-Papier** zeigt, dass inzwischen zwei Drittel der EU-Länder Nationale Aktionspläne aufgelegt haben – Deutschland wird bei dieser Frage immer mehr zum Außenseiter.

Das englischsprachige Papier zeigt mit den Ampelfarben grün, gelb und rot sehr anschaulich auf, wer welche Fortschritte gemacht hat und wer nicht:

http://www.eplo.org/assets/files/2.%20Activities/Workin%20Groups/GPS/FOLLOW_UP_TO_10_POINTS_IN_10_YEARS_UNSCR_1325.pdf

7) Ideen für 2012:

In seiner Jahresbilanzsitzung war sich der Frauensicherheitsrat einig, dass derzeit mit dem Thema Nationaler Aktionsplan kein weiterer Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Die parlamentarischen und politischen Möglichkeiten erscheinen

weitgehend ausgeschöpft, solange die schwarzgelbe Regierung sich weiterhin an der Macht hält. Änderungen welcher Art auch immer sind erst mit einer neuen Bundesregierung zu erwarten.

Wir schlagen deshalb vor, sich jetzt schon Gedanken zu machen, wie man das Thema im Bundestags-Wahljahr 2013 strategisch voranbringen kann. Wenn es eine Rolle spielen soll, dann muss es in die Parteiprogramme und anschließend in den Koalitionsvertrag.

Der Frauensicherheitsrat wird dazu Anfang 2012 einige Gespräche mit Expertinnen führen und dem Bündnis 1325 zu gegebener Zeit Ergebnisse vorlegen.

8) Termine 2012:

27./18.1. Gegen-Veranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz, diesmal mit dem Schwerpunkt Syrien:

http://www.petrakellystiftung.de/fileadmin/user_upload/newsartikel/Flyer/Flyer_Arabien.pdf